

Katharina Blum
Fette Bruch Straße 12B
Menden

LG Arnsberg
Präsident i. Urloabsvertretung Herr Maus
Geschäftsführer Herr Dohle

24.07.2019

sofort auf den Tisch

Katharina Blum , Eilantrag Einstweilige Verfügung

Sehr geehrter Herr Maus und Herr Dohle,

heute hatte ich Ihnen bereits Dokumente übermittelt aus denen Sie klar und zweifelsfrei die Rechtswidrigkeit und Absurdität des bisherigen Verfahrens überblicken konnten.

Weitere Rechtswidrigkeiten gab es zuhauf, bereits mit Beginn in April 2018 mit der Unterschlagung von Urkunden durch Grundbuchamt, bis hin zu hoch kriminellen Vorgängen bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt, die als nächstes beleuchtet und beendet werden.

In der Justitz müssen derartige Vergehen mit aller Härte geahndet werden.

Zu meinem Fall habe ich nach dem Vorfall der rechtswidrigen angeblichen Räumung, die keine Räumung war, da mit gefälschten Dokumenten und ohne jede Mitwirkung eines Richters, Anzeige erstattet.

Sowohl mein Mitbewohner Herr Spranger, der einen gültigen Mietvertrag besitzt, als auch ich haben Strafanzeige erstattet.

Weiterhin wurde an die Polizeiwachen der angrenzenden Ortschaften ein Notruf ausgelöst, auch an den zuständigen Innenminister NRW.

Die Polizei kann sofort mit Erteilung einer Einstweiligen Anordnung den mir zustehenden grundrechtlich korrekten Zustand vor dem 08.07.19 wieder herstellen.

Ich erwarte die sofortige Einstweilige Anordnung mit der die Polizei tätig werden kann.

Damit ist die Polizei aufgefordert, sofort von dem vermeintlichen aber nicht rechtskräftigen Ersteigerer Frau Tatjana Ilic

Am Waldesrand 64

58093 Hagen

Tel.; 0162 733 2761 Frau Ilic

ersatzweise ihr Mann

Tel 0177 2957685 Herr Ilic

die Schlüssel der illegal an meiner Wohnung angebrachten Schließzylinder abzuholen , die Wohnung zu öffnen und mir vor Ort auszuhändigen.

Oder

meine Wohnung unter Polizeischutz durch einen Schlüsseldienst öffnen zu lassen und mir ein neues Schloss einzubauen um mir den Zutritt zu meiner Wohnung wieder zu ermöglichen.

Weiterhin hat die Beschuldigte Tatjana Ilic aus meiner Wohnungstür meinen hochwertigen Schließzylinder mit Registrierschutz (WSM der Firma Schumann Sicherheitstechnik Iserlohn mit Reg.Nummer) und zwei Sicherheitsschlüsseln herauszugeben und wieder einzubauen.

Die Nutzung meiner Wohnung hat mir bis zum korrekten Abschluss meines
Rechtsverfahrens uneingeschränkt zur Verfügung zu stehen, eine Räumung
setzt einen gültigen Räumungsbeschluss nach korrektem Verfahren voraus.
gez. blum katharina

Katharina Blum
Fette Bruch Straße 12B
Menden

Innenminister NRW
Persönlich zur Klärung an Herrn Herbert Reul
Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62 – 80
40217 Düsseldorf

20.07.2019

Faxzustellung 0211 871 3355 für NRW
0211 870 4404 für Düsseldorf
0231 132 9486 für Dortmund
02331 986 2069 für Hagen
02371 919 98991 für Iserlohn
02373 909 93291 für Menden

**NOTRUF 110 Dringende Hilfe für mich als Bürgerin wegen schwerster Grundrechteverstöße
Katharina Blum Menden, Rechtswidrige Zwangsräumung meiner Wohnung**

Mein Notruf geht an Sie als Innenminister, da sich die Polizeiwache Menden mir gegenüber durch den Leiter der Wache Herr Reinwald als in meinem Fall befangen erklärt hatte, die Wache wird damit in meinem Fall nicht tätig, so wurde mir verbindlich erklärt.

Sehr geehrter Herr Herbert Reul,

mein Vater hieß auch Herbert, stellen Sie sich sich vor, ich wäre ihne Tochter *****
Ich hatte mich bereits an Sie gewandt, gleichzeitig hatte Sie mein Rechtsberater Herr Samjeske bereits dringend zu meinem NOTFALL kontaktiert.

Gegen die rechtswidrige Durchführung einer Zwangsräumung hatte ich rechtzeitig und auf vielen Ebenen meine Rechtsmittel geltend gemacht.

Bei der noch mitten im Widerspruchs- und im Strafermittlungsverfahren der STA befassten Justiz sind noch mehrere Verfahren anhängig die Grundlegend sind und die das gesamte Verfahren betreffen.

Schon daher durfte keine Räumung stattfinden.

Für eine Räumung lag auch kein richterlich unterzeichnetes Dokument vor, was diese Maßnahme begründen würde, auch nicht am 8.7.2019 bis heute. Damit hatte keine Räumung stattgefunden.

So habe ich auch rechtzeitig und begründet vor diesem Termin den Personen und Objektschutz der Polizei angefordert, alle Dokumente der Polizei übemittelt und begründet.

Dagegen wurde der beantragte Schutz durch die Polizei gerade nicht gegeben, die Polizei unterstützte sogar die illegale Aktion der privat durch eine Frau Ilic beauftragten und ohne gültige Dokumente handelnden Frau Jasmin Schauer und ihres Handlangers mit dem Brecheisen.

Somit besteht mein den beteiligten Parteien bekanntes Mietverhältnis noch immer fort, es gibt keinen Rechtsgrund der diesen Mietvertrag und mein Wohnrecht einseitig beendet haben konnte.

Ich löse hiermit sofort, Bezug nehmend auf mein Grundrecht, einen Notruf 110 an Sie und ihr

Ministerium aus und beanspruche den Polizei -und Objektschutz um mir den Zugang zu meiner Wohnung und zu meinem für mich lebenswichtigen Eigentum zu gewährleisten.

2

Dazu fordere ich Sie auf, sofort von dem vermeintlichen aber nicht rechtskräftigen Ersteigerer

Frau Tatjana Ilic
Am Waldesrand 64
58093 Hagen

Tel.; 0162 733 2761 Frau Ilic ersatzweise ihr Mann Tel 0177 2957685 Herr Ilic
die Schlüssel der illegal an meiner Wohnung angebrachten Schließzylinder abzuholen , die Wohnung zu öffnen und mir vor Ort auszuhändigen.

Oder

meine Wohnung unter Polizeischutz durch einen Schlüsseldienst öffnen zu lassen und mir ein neues Schloss einzubauen um mir den Zutritt zu meiner Wohnung wieder zu ermöglichen.

Weiterhin muss ich auf Grund des vorliegenden Verhaltens der Familie Ilic insbesondere durch den Herrn Ilic Polizeischutz bzw ein Annäherungsverbot beantragen.

Ich wurde in den Tagen seit 8.7.19 schwer genötigt, erpresst und mir wurden meine für mich lebenswichtigen persönlichen Sachen in erniedrigender Weise vorenthalten und entzogen. In einer unmenschlichen Art und Weise.

Ich beantrage dieses Annäherungsverbot um meine sichere wieder in Nutzung nahme Wohnung zu sichern.

Ich wurde und bin schwer in meinen Rechten verletzt und bitte Sie höflich und fordere Sie auf, mit mir umgehend Verbindung aufzunehmen

Katharina Blum 0151 10 99 88 72 oder Ralf Spranger 0177 977 4659

Bitte informieren Sie meinen Ihnen bereits benannten Verfahrensbevollmächtigten, der mich zur Durchsetzung meiner Grundrechte betreut, über die weitere Verfahrensweise,

Herrn Helmut Samjeske, Tegeler Weg 25 Berlin
Tel 030 349 77 10

um die erforderliche terminliche Organisation und Abstimmung vorher zu treffen und abzusprechen.

Ich bin seit 8.7.2019 praktisch aus meiner Wohnung ausgesperrt und praktisch obdachlos.
Deshalb ist höchste DRINGLICHKEIT geboten, um nicht weiteren Gefahren ausgesetzt zu sein.

Ich bedanke mich ganz herzlich im Vorraus für Ihren persönlichen Einsatz****

katharina blum ****Menschenrechtsaktivistin**** im Sinne eines friedlichen Miteinanders

blum Katharina

Helmut Samjeske

Kanzlei für grundrechtebezogene Gesetzesanwendung,
Recht(s)beratung und -vertretung
Tel.: 030 349 77 10

Helmut Samjeske – Tegeler Weg 25 – 10589 Berlin

Märkische Kreis-Polizeibehörde
in Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 70
58636 Iserlohn

Hominum causa omne ius constitutum est

Um der Menschen willen ist alles Recht geschaffen.

Flavius Anicius Hermogenianus Olybrius war ein spät-römischer Aristokrat, der Ende des 4./Anfang des 5. Jahrhunderts n. Chr. lebte.

Telefax: 02371 91998991

E-Mail: poststelle.maerkischer-kreis@polizei.nrw.de

15.07.2019

Begehr:

Frau Katharina Blum, Fette-Bruch-Str. 12 b, 58708 Menden - Grundrechteträgerin

➤ Verfahrensbevollmächtigter: Helmut Samjeske, Tegeler Weg 25, 10589 Berlin

fordert von Ihnen noch einmal Personen- und Objektschutz an **mit dem Ziel,**

**das Familienwohnheim in der
Fette-Bruch-Str. 12 b, 58708 Menden
unverzüglich in Besitz nehmen zu können, um bis auf Weiteres ihren Lebensmittelpunkt dort zu haben.**

Hinweis:

Die Bereitschaftspolizei ist unmittelbar gefordert, wenn elementare Rechtsgüter verletzt werden, die sich im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.05.1949 finden.

Es ist hier bekannt, daß öffentlicher Dienst zwar auf das Grundgesetz vom 23.05.1949 mit der Verpflichtung die „verfassungsmäßige Ordnung“ jederzeit zu gewährleisten verpflichtet worden sind, jedoch der öffentliche Dienst in einer Vielzahl von Fällen den konkreten Inhalt des Eides nicht aufgenommen, geschweige denn verstanden hat. Nichts destotrotz sind Polizeibeamte, gerade auch im Polizeivollzugsdienst keineswegs nur berechtigt, lediglich mit der Möglichkeit ausgestattet, daß grundgesetzliche Diktat durchzusetzen, sondern dieses ist deren zwingende ranghöchste Berufspflicht, die sich aus Art. 33 Abs. 2 und Abs. 4 i. V. mit Art. 12 Abs. 1 GG erschließt. Es ist ein „Befehl“, der von der OBRIGKEIT, ALLER STAATSGEWALT, dem DIENSTHERREN i. S. von Art. 20 Abs. 2 Satz 1 GG – kraft Grundgesetz erteilt worden ist. Klar und deutlich:

Der Dienstauftrag der Polizei ist die Gewährleistung des grundgesetzlichen Diktates, der dort ausgesprochenen Rechtsbefehle auf „Punkt und Komma“!

Und heute ist D-Day!

Der Bundespräsident Horst Köhler a. D. erklärte zutreffend:

„Verfassungsfreunde – das müssen einmal die sein, denen das Volk die Befugnis zur Ausübung öffentlicher Gewalt anvertraut. Die staatliche Ordnung ist im wesentlichen Ämterordnung, und jedes vom Volk anvertraute Amt verpflichtet auf das Wohl des ganzen Volkes. Und zu den wichtigsten Amtspflichten zählt es, sorgsam und pfleglich mit der Verfassung umzugehen, denn sie enthält ja die wichtigsten Regeln, die die Bürger sich als Freie und Gleiche gegeben haben, um einander zu regieren und sich voneinander regieren zu lassen.

AUDEMUS JURA NOSTRA DEFENDERE – Wir wagen es, unsere Rechte zu verteidigen.

Der Respekt vor der Verfassung hat viele Ausprägungen:

Zum Beispiel sollte es sich für jeden Amtsträger, ob Abgeordneter, Minister oder Beamter, verbieten, bei der Gesetzgebung oder im Verwaltungshandeln einen Verfassungsverstoß billigend in Kauf zu nehmen nach dem Motto: ›könnte verfassungswidrig sein oder auch nicht – schau'n mer halt mal‹.

Bundespräsident Horst Köhler anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der hess. Landesverfassung, 01.12.2006

Am 29. Mai 2008 erklärte Prof. Horst Köhler als amtierender Bundespräsident dem Verfahrensbevollmächtigten:

Alle Rechtsnormen in der Bundesrepublik Deutschland stehen in einer sog. Normenhierarchie. Dabei ist das Grundgesetz – und damit die Grundrechte des Bürgers unter anderem in ihrer Funktion als Abwehrrechte gegen den Staat und seine Institutionen – die wesentliche und ranghöchste Rechtsquelle unseres Landes. Die Tatsache, dass das Verfassungsrecht von den Verfassern des Lehrbuchs getrennt vom Verwaltungsrecht und nur unter das Öffentliche Recht, nicht etwa unter das Zivilrecht geordnet wurde, bedeutet nichts anderes, als dass hier ein Versuch unternommen wird, die Rechtsgebiete den verschiedenen Teilbereichen der Rechts zuzuordnen. Tatsächlich ‚strahlt‘ die Verfassung auf alle unsere Rechtsgebiete aus und ist das zentrale Dokument unseres Staates, an das sich alle drei Gewalten zu halten haben.

2

Prof. Marc Desens, Universität Leipzig lehrt zutreffend (Art. 5 Abs. 3 Satz 2 GG):

Keine Staatsgewalt darf einer anderen Staatsgewalt ins Unrecht folgen. Die Gewaltenloyalität findet ihre Grenze am Rande des grundgesetzlich bestimmten Rahmens.

BVerfGE 121, 317ff 30.07.2008 – 1 BvR 3262/07, 402, 906/08 I. Senat <356>

Die Verfassung begründet auch insoweit eine Schutzpflicht des Staates, die es ihm gebietet, [die Grundrechte jedes Einzelnen zu gewährleisten], sich schützend und fördernd vor das Leben jedes Einzelnen zu stellen (vgl. BVerfGE 39, 1 [42]; 46, 160 [164]; 115, 118 [152]).

Zur Polizeiarbeit wird von der Institution Bundesverfassungsgericht erklärt: BVerfGE 141, 220 <374 f.>

Dort wo Zufallserkenntnisse im Rahmen einer Telefonüberwachung erfahren werden, müßten deren Verwertung unterbleiben, denn für diese Ermittlungen steht die Telefonüberwachung nicht zur Verfügung, so daß Rechtsgüter ungeschützt bleiben müßten. Das Bundeskriminalamt dürfte in einem solchen Fall die Zufallserkenntnis nach der Dogmatik des Senats mangels Gleichwertigkeit der Rechtsgüter nicht an die örtlich zuständige Polizei weitergeben, um so ge-wichtige Rechtsgutsverletzungen zu verhindern. Den gefährdeten Rechtsgütern bliebe der gebotene Schutz versagt.

Unter der Voraussetzung, dass eine solche Zufallserkenntnis aufgrund eines recht- und damit auch verfassungsmäßigen Eingriffs angefallen ist, halte ich es für eine nicht hinnehmbare Konsequenz, dass der Rechtsstaat hier gezielt „wegsehen muss“ und damit den potentiell betroffenen Einzelnen oder Rechts-gütern der All-gemeinheit der gebotene Schutz vorenthalten wird, um auf der anderen Seite dem

Schutz der Daten derjenigen, mit denen sich die Maßnahmen befassen, den Vorrang einzuräumen.

Im Blick auf den wirksamen Schutz von Rechtsgütern, dem der Rechtsstaat verpflichtet ist, kann es nicht untersagt sein, einen entsprechenden Hinweis an die zuständige Stelle weiterzugeben, um gefährdete Rechtsgüter vor Schaden zu bewahren. Freilich ist stets Voraussetzung, dass die Erkenntnis bei einem rechtmäßigen Eingriff angefallen ist, dieser sich auch nicht als Umgehungstatbestand erweist und die Verwendung nicht unvereinbar mit der ursprünglichen Zwecksetzung ist.

Fazit: Die Polizei darf niemals Unrecht vor Recht zum Durchbruch verhelfen. Die Grenze zwischen Recht und Unrecht zieht das Grundgesetz vom 23.05.1949 als ranghöchste unverbrüchliche und unveräußerliche Rechtsquelle, welche die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland darstellt! Es geht in der Angelegenheit Katharina Blum um nicht mehr und nicht weniger als um die Durchsetzung der **verfassungsgarantierten Rechte der Grundrechtsträgerin!**

Auch hier tragende Rechtssätze unter Bezugnahme auf die speziellen beruflichen Aufgaben – wobei es punktuell zunächst um die Herstellung des ursprünglichen Zustandes geht und erst danach die strafrechtlichen Konsequenzen zu beurteilen bleiben:

(vgl BVerfG, 06.10.2014, 2 BvR 1568/12, NJW 2015, 150 <151; Rn14>). (Rn.16)

Ein Anspruch auf eine effektive Strafverfolgung kann schließlich in Fällen in Betracht kommen, in denen der Vorwurf im Raum steht, dass Amtsträger bei Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben Straftaten begangen haben. Ein Verzicht auf eine effektive Verfolgung solcher Taten führt zu einer Erschütterung des Vertrauens in die Integrität staatlichen Handelns.

Daher muss bereits der Anschein vermieden werden, dass gegen Amtswalter des Staates weniger effektiv ermittelt wird oder dass insoweit erhöhte Anforderungen an eine Anklageerhebung gestellt werden. Die (verfassungsrechtliche) Verpflichtung zur effektiven Strafverfolgung bezieht sich auf das Tätigwerden aller Strafverfolgungsorgane. Ihr Ziel muss es sein, eine wirksame Anwendung der zum Schutz des Lebens, der körperlichen Integrität, der im Grundgesetz gewährleisteten Grundrechte, insbesondere der Freiheit der Person sicherzustellen.

Es muss insoweit gewährleistet werden, dass Straftäter für von ihnen verschuldeten Verletzungen dieser Rechtsgüter auch tatsächlich zur Verantwortung gezogen werden (BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Zweiten Senats vom 26. Juni 2014 - 2 BvR 2699/10 -; Beschluss der 3. Kammer des Zweiten Senats vom 6. Oktober 2014 - 2 BvR 1568/12 -, NJW 2015, S. 150 <151>, Rn.14).

Die wirksame Verfolgung von Gewaltverbrechen und vergleichbaren Straftaten stellt eine Konkretisierung der staatlichen Schutzpflicht aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 und 2 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 Satz 2 GG dar (vgl. BVerfGK 17, 1 <5>) dar. Vor diesem Hintergrund besteht ein Anspruch auf eine effektive Strafverfolgung dort, wo der Einzelne nicht in der Lage ist, erhebliche Straftaten gegen seine höchstpersönlichen Rechtsgüter abzuwehren und ein Verzicht auf die effektive Verfolgung solcher Taten zu einer Erschütterung des Vertrauens in das Gewaltmonopol des Staates und einem allgemeinen Klima der Rechtsunsicherheit und Gewalt führen kann.

Da in der Angelegenheit Katharina Blum grundgesetzfern handelnder öffentlicher Gewalt unter aktiver Unterstützung der Frau Tatjana Ilic - die aus diesem Gewaltexzess betreibt Vorteile zu ziehen, anstatt dafür Sorge zu tragen, daß dieses grundgesetzwidrige Handeln beendet wird – Einhaltung geboten werden muß, ist es erforderlich, daß mit allen Mitteln die Grundrechteverletzungen unverzüglich abgestellt werden, was bedingt, den o.a. beschriebenen Zustand herzustellen und zu gewährleisten.

Tathergang

Am Samstag, dem 06.07.2019 um 20:36 Uhr wurde Ihnen eine E-Mail zugestellt, die die Tätigkeit eines Bereitschaftsrichters des Amtsgerichts Menden herausgefordert hat, damit eine Räumung durch die Gerichtsvollzieherin Jasmin Schauer verhindert werden sollte. Zum Zwecke dieser Verhinderung wurde von der Polizeidirektion Iserlohn Personen- und Objektschutz angefordert.

Das Gewaltmonopol in der Bundesrepublik Deutschland besitzt die öffentliche Gewalt. Der Grundrechtsträger hat eine solche auch vergleichbare Gewalt nicht. Allerdings begrenzt sich die öffentliche Gewalt an dem Diktat des Grundgesetzes vom 23.05.1949, - der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland - und zwar dahingehend, daß alles Handeln öffentlicher Gewalt, den gesetzlichen Rahmen des Grundgesetzes nicht verlassen darf. Die durchgeführte Räumung, für die schriftlich auch bei Ihnen Personen- und Objektschutz angefordert worden ist, erfolgte o h n e gültige grundgesetzkonforme Grundlage und damit in vollem Umfang außerhalb von gültigem grundgesetzgeborenem Gesetz und Recht der Bundesrepublik Deutschland!

Damit öffentliche Gewalt eine Räumung des Einfamilienhauses Fette-Bruch-Str. 12 b in 58708 Menden durchführen durfte, war es erforderlich, dass ein Rechtsakt vorliegt, der die Voraussetzungen erfüllt, die das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.05.1949 fordert. Nur diese punktuelle Erfüllung des grundgesetzlichen Diktates führt zu einem Rechtsakt, der in Rechtskraft erwachsen kann und damit einer Frau Jasmin Schauer die Ermächtigung erteilt, unter Zuhilfenahme von Polizeivollzugskräften die Räumung des Familienwohnheims in der Fette-Bruch-Str. 12 b in 58708 Menden auszuführen. Hätte dieser gültige, d.h. grundgesetzkonforme Rechtsakt vorgelegen, dann wäre Frau Katharina Blum **ohne jeden Widerstand** aus dem Familienwohnheim ausgezogen. So hatte Frau Blum alle Ermächtigung Widerstand zu leisten.

Diese Voraussetzungen, nämlich dass eine **nach dem Grundgesetz gültige Entscheidung eines Gerichtes vorliegt, die die Räumung rechtfertigt, existiert nicht.**

4

Deshalb handelt es sich bei den von Frau Jasmin Schauer mit massiver Gewalt auch in Verbindung mit der körperlichen Verletzung der dort wohnenden Frau Katharina Blum durchgeführten Maßnahmen keineswegs um eine Räumung, sondern die gesamte Aktion addiert sich zu einer Vielzahl von Straftaten auf, die zunächst aus dem Grundgesetz beurteilt gegen Satz 1 der Präambel, Art. 1 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3, Art 2 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1, Art. 11, Art. 13, Art. 14 Abs. 1 GG und weiteren Grundrechten verstoßen.

Aus den einfachgesetzlichen Strafvorschriften bieten sich Tatbestände an wie Hausfriedensbruch, Einbruch, schwere Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Verletzung der Garantenpflicht, Amtsmißbrauch und weitere, die jetzt und hier in der Kürze der Zeit nicht konkretisiert werden.

Ausreichend ist bereits, dass Frau Katharina Blum in einem ihrer Grundrechte verletzt worden ist. Die hier greifenden Grundrechte sind zunächst Art. 13 GG, die Unverletzlichkeit der Wohnung mit der damit zusammenhängenden Rechtsfolge von Art. 14 GG, dass das Eigentum und das Erbrecht gewährleistet werden. Das Frau Blum darüber hinaus körperlichen Schaden zugefügt worden ist, neben längst eingetretenen seelischen Schäden, sei hier der Vollständigkeit halber erwähnt (Verletzung von Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG).

Tatsache ist, dass die Gewaltentrennung und die Gewaltenkontrolle Verfassungsgrundsätze sind, die dazu führen, dass keine Gewalt einer anderen Gewalt ins Unrecht folgen darf.

Sie mögen sich zwar darauf berufen, dass ja das Amtsgericht Menden keine einstweilige Anordnung oder sonstige Frau Blum unterstützende Rechtsakte bekannt gegeben hat, das Landgericht Arnsberg den „Zuschlagsbeschuß“ ebenfalls nicht aufgehoben habe, Ihnen vermutlich – weil stets als Befehlsempfänger deklassiert – als Behörde deshalb sich Ihnen keine Zweifel an der Rechtmäßigkeit der aus dortiger Sicht veranlassten und sodann von Frau Jasmin Schauer durchgeführten Räumung erschließen, jedoch trägt Frau Blum spätestens seit dem 26.06.2019 vor, dass die Handlungen, die die Räumung auslösen sollen, von Anbeginn mit dem Diktat des Bonner Grundgesetzes vom 23.05.1949 nicht übereinstimmen, was die Folge

auslöst, dass Frau Katharina Blum unter Beachtung vorstehender Schilderung durch öffentliche Gewalt auf Veranlassung von Frau Tatjana Ilic in ihren Grundrechten wie vorstehend beschrieben verletzt worden ist. Die Einrede der Grundrechteverletzung – die ja unter der Maßgeblichkeit erfolgt, daß Grundrechte von öffentlicher Gewalt zu gewährleisten also „zu bringen sind“, greift durch und wurde durch Weiterung mit Schriftsatz vom 28.06.2019 derart deutlich, daß sich das Unterlassen der Räumung öffentlicher Gewalt geradezu aufdrängen mußte.

Die Argumentation, daß gegen den Beschluß des Landgerichtes Arnsberg kein Rechtsmittel möglich sei, ist unter Maßgeblichkeit des grundgesetzlichen Diktates absolut falsch, denn solange Grundrechte verletzt sind, ist ein solche Verletzungen rechtfertigender Beschluß nichtig, inexistent und besitzt weder Rechtswirkung, erwächst auch niemals in Rechtskraft. Der Beschluß ist lediglich aus Gründen der Rechtssicherheit aufzuheben. Frau Blum hat in Unkenntnis des Verfassungsdiktates zwar dem Beschluß widersprochen, wußte jedoch nicht um die Wirkung der grundgesetzlichen Rechtsbefehle! – Aber Sie müssen es wissen! Übrigens:

Das OLG Koblenz formulierte unter 1 U 1588/2001: Für die Beurteilung des Verschuldens im Sinne des § 839 BGB gilt ein objektiv-abstrakter Sorgfaltsmaßstab. Danach kommt es auf die Kenntnisse und Einsichten an, die für die Führung des übernommenen Amtes im Durchschnitt erforderlich sind, nicht aber auf die Fähigkeiten, über die der Beamte tatsächlich verfügt. Dabei muss jeder Beamte die zur Führung seines Amtes notwendigen Rechts- und Verwaltungskenntnisse besitzen oder sich diese verschaffen. Ein besonders strenger Sorgfaltsmaßstab gilt für Behörden, die durch den Erlass von Bescheiden selbst vollstreckbare Titel schaffen – [oder an deren Vollstreckung mitwirken]. Eine objektiv unrichtige Gesetzesauslegung oder Rechtsanwendung ist schuldhaft, wenn sie gegen den klaren und eindeutigen Wortlaut der Norm verstößt. [Wobei die Mißachtung des grundgesetzlichen Diktates besonders schwer wiegt, wurde doch dessen Gewährleistung durch Eid bekräftigt.]

Eine Grundrechteverletzung ist in jedem Fall zu vermeiden. Es sind alle Vorkehrungen zu treffen, die eine Grundrechteverletzung ausschließen, und zwar ab demjenigen Zeitpunkt, ab dem bekannt wird, dass allein eine Grundrechteverletzung eintreten könnte.

Diese Rechtssätze sind schriftsätzlich sämtlich formuliert worden und dem Amtsgericht Menden sowie auch dem Landgericht Arnsberg - was objektiv mit der Angelegenheit gar nicht in Verbindung gebracht werden darf - geschildert worden.

Frau Blum lebt jetzt eher obdachlos außerhalb der Fette-Bruch-Str. 12 b, weil Frau Tatjana Ilic grundgesetzwidrig und damit gesetz- und rechtlos Ansprüche geltend gemacht hat, die diese nach Gesetz und Recht unter Maßgeblichkeit des Grundgesetzes vom 23.05.1949 nicht geltend machen durfte. Auch darüber ist Frau Tatjana Ilic mündlich und auch schriftlich informiert worden.

Die Anordnungen / Beschlüsse des Amtsgerichts Menden, die letztendlich zur Räumung führten wurden dort von Mitarbeitern verfasst, die zum einen nicht grundgesetzgeborene Richter sind oder zum anderen aus Gründen die das Grundgesetz z. B. in Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG nennt, nicht berechtigt sind, den Titel Rechtspfleger zu tragen, deshalb nicht, weil das dafür erforderliche Gesetz wegen Verstoß gegen Grundrechtsgarantien und Gültigkeitsvorschriften ungültig ist. Darüber hinaus sich die Ihnen bekannten „Rechtspfleger“ Mitarbeiter der vollziehenden Gewalt und nicht Mitarbeiter der „rechtsprechenden Gewalt“, so daß diese keine rechtsprechenden Entscheidungen mitzuteilen berechtigt sind.

Darüber hinaus sind insgesamt Grundrechtsgarantien und Gültigkeitsvorschriften verletzt worden mit der Folge, dass ein eine Zwangsversteigerung rechtfertigendes Gesetz eben nicht vorliegt.

Sie als vollziehende Gewalt in Gestalt der Polizeigewalt sind verpflichtet dem Verfassungsgrundsatz der Gewaltenloyalität nur bedingt zu folgen; Sie haben denjenigen zwingend zu schützen, der auf die Beachtung, Durchsetzung, Gewährleistung des Verfassungsdiktates pocht, und das ist nach alledem Frau Katharina Blum. Das UZwG läßt nur Zwang zu, der gesetz- und rechtmäßig ausgeübt wird. Stellt sich heraus, daß die verlangte Handlung gegen das

grundgesetzliche Diktat verstößt, was auch im Nachhinein zur Kenntnis genommen werden kann – hier lag die Kenntnisnahme bereits vor der Grundrechteverletzung vor – dann muß „rückabgewickelt werden“ und zwar unverzüglich, wobei allein die vollziehende Gewalt – hier die vollziehende Polizei – zu handeln verpflichtet ist. Gerade an diesem Punkt darf die Polizei nicht Unrecht vor Recht setzen.

Die Polizei als Organ zur Herstellung von Gerechtigkeit – zuvörderst im grundgesetzlichen Rahmen – auch dann, wenn der einzelne Polizeibeamte die Bedeutung und Wirkung des Grundgesetzes vom 23.05.1949 nicht kennt – es ist jedoch durch die Bedeutung und Wirkung des geleisteten Amtseides, § 38 BeamStG i. V. mit dem jeweiligen Landesbeamtenengesetz (§ 61 LBG NRW), zusammen mit der Verpflichtung jederzeit die grundgesetzgeborene Ordnung zu gewährleisten zwingende Pflicht, die Rechtsbefehle des Grundgesetzes vom 23.05.1949 nicht nur zu kennen, sondern anzuerkennen und im gegebenen Fall auch auszuführen!

Ein solcher konkreter dringender Fall liegt hier vor! Die Polizei greift auch nicht in die Grundrechte von Tatjana Ilic ein, denn diese hätten nur dort Bedeutung und zeigten Wirkung, wenn punktuell nach Gesetz und Recht gem. dem grundgesetzlichen Diktat gehandelt worden wäre. Genau das ist jedoch nicht gegeben. Bereits die formellen Anforderungen an den Rechtsakt, der die Räumung anordnen soll sind nicht erfüllt – und Frau Jasmin Schauer hat den Rechtsakt, der die Räumung anordnet nicht an Frau Katharina Blum bekanntgegeben. Sie hat lediglich behauptet, einen solchen zu besitzen! Übrigens, war dies auch der unterstützenden Polizeikräfte in Menden bekannt – dennoch stürmten diese das Familienwohnheim und verletzten Frau Katharina Blum schwer.

Frau Tatjana Ilic sowie die Mitarbeiter des Amtsgerichts Menden handeln außerhalb des Verfassungsdiktates und damit außerhalb des Anspruches auf Gewaltenloyalität.

Hier und jetzt kommt zum Tragen, dass die Polizeibediensteten nicht nur einen Eid auf das Grundgesetz vom 23.05.1949 geleistet haben, sondern nur dann geeignet, befähigt und die fachliche Leistungsfähigkeit besitzt, wenn diese am Maßstab des grundgesetzlichen Diktates Gesetz und Recht ohne Wenn und Aber durchsetzen. Aufgabe ist der Schutz der Grundrechtsträger durch die Wirkung des gültigen Gesetzes, zuvörderst des Grundgesetzes!

Nicht mehr und nicht weniger verlangt Frau Katharina Blum. Diese Handlungsbereitschaft und Handlungspflicht liegt bereits dann vor, wenn eine dringende Gefahr gegen Leib und/oder Leben oder gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung besteht, die am 08.07.2019 ab 08:00 Uhr bestand, denn der Räumungsvorgang um 09:00 Uhr des gleichen Tages war eine Willkür- und Gewaltaktion, die ohne jedes grundgesetzliche Diktat durchgeführt worden ist. Genau deswegen hat Frau Tanja Ilic keine Frau Katharina Blum vergleichbare Stellung.

Frau Katharina Blum erklärte, dass die Räumlichkeiten in der Fette-Bruch-Straße 12 b an einen Herrn Ralf Spranger vermietet worden seien. Dieses Mietverhältnis besteht fort, so dass Herr Ralf Spranger in diesem Zusammenhang ebenfalls die Einrede der Verletzung von Art. 13 GG und Art. 14 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 11 GG erhebt.

Aus der Gewaltentrennung und der Gewaltenkontrolle ergibt sich zwingend, dass die anderen öffentlichen Gewalten eben nicht bedingungslos den Rechtsbefehlen einer dritten Gewalt zu folgen verpflichtet sind, sondern vielmehr in eigenständiger Verantwortung verpflichtet sind zu prüfen, ob der einen Grundrechteingriff veranlassen sollende Rechtsakt mit Gesetz und Recht unter Maßgeblichkeit des grundgesetzlichen Diktates überhaupt Bestand hat. Diese Voraussetzungen sind durch diejenigen Rechtsakte insgesamt nicht erfüllt, die Frau Tatjana Ilic in Zusammenarbeit mit Frau Jasmin Schauer zur Veranlassung genommen haben, unter Hinzuziehung von Polizeivollzugskräften, die Räumung gegen Frau Katharina Blum und auch gegen Herrn Ralf Spranger zu betreiben, der ja zwingend Mieterschutz aus jeglichen Gründen des bürgerlichen Rechtes genießt.

Frau Jasmin Schauer ist allenfalls vollziehende Gewalt, jedoch ist der Polizeibehörde längst bekannt, dass die Gerichtsvollzieherordnung vom 01.08.2012 gegen das grundgesetzliche verstößt, damit ungültig ist, so dass Frau Jasmin Schauer sich noch nicht einmal darauf berufen kann, überhaupt hoheitliche Befugnisse als Gerichtsvollzieherin wahrnehmen zu dürfen. Frau Yasmin Schauer ist durch ihre persönliche finanzielle Beteiligung am Räumungserfolg

hoch motiviert, daß die Räumung vollzogen wird. Das „ausgeführte Geschäft“ führt bei ihr zu finanziellem Erfolg, weshalb die „Privatbeilehung“ eines Gerichtsvollziehers gegen den Verfassungsgrundsatz des Neutralitätsverbotes verstößt! Frau Schauer ist damit selbst zur Beteiligten am Verfahren geworden. Frau Yasmin Schauer ist nach alledem von einer weiteren Tätigkeit als Gerichtsvollzieherin ausgeschlossen.

Dass die Grundbuchordnung, die Zivilprozessordnung, das Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsgesetz ungültig sind, erschließt sich aus Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG, was als zwingende Berufspflicht auch von jedem Mitarbeiter der Polizeibehörde in der Stellung eines Polizeibeamten bekannt sein muss und auch bekannt ist.

Hinzukommt, daß wegen verfassungswidriger Wahlverfahren und Wahlgesetzen der „Legitimationszusammenhang“ zwischen ALLER STAATSGEWALT in Gestalt der Bewohner der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland und den vermeintlich öffentlich Dienstleistenden nicht hergestellt werden kann, obwohl dieser lückenlos – ununterbrochen – vorhanden sein muß!

Da dies den Polizeibehörden auch bekannt gemacht worden ist, haben diese gegen die von Frau Tatjana Ilic und Frau Jasmin Schauer ausgelöste Willkür- und Gewaltaktion unverzüglich einzuschreiten und Frau Katharina Blum die Nutzung ihres Familienheims in der Fette-Bruch-Str. 12 b in 58708 Menden zu ermöglichen.

Deshalb die sofortiger Anforderung von Polizeischutz, Polizeieinsatz, was einer Notfallanzeige über die Rufnummer 110 gleichkommt. Ja, das Grundgesetz ist ein Abwehrrecht gegen jede öffentliche Gewalt, BVerfGE 7, 198 findet jedoch auch in den übrigen Angelegenheiten der Bewohner der Bundesrepublik mittelbare Anwendung. Kein Bewohner der Bunderepublik darf in irgendeiner Art und Weise, sich außerhalb des grundgesetzlichen Rechtsrahmens bewegen.



Helmut Samjeske
- Verfahrensbevollmächtigter -

Frau Katharina Blum erklärt den Vortrag ihres Verfahrensbevollmächtigten zum eigenen Vortrag.

58708 Menden, 16. Juli 2019



Blum, Katharina